



Expansive Geldpolitik

„Nur knappes Geld ist gutes Geld“

Von Martin Mack, Geschäftsführer, Mack & Weise GmbH

Der offene Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2007 hat die Notenbanker und Politiker – traumatisiert durch die Entwicklungen der 1930er Jahre – dazu verführt, dieser Krise durch erhebliche Staatseingriffe in die Marktwirtschaft sowie eine massive Geldmengenausweitung entgegenzutreten. Doch damit kämpfen sie aber nur, wie es die US-Ökonomin Anna Jacobson Schwartz formulierte, den Krieg von gestern!

Die Erkenntnis, dass der freie Markt unternehmerische Fehlentwicklungen am effizientesten sanktioniert, geriet mit dem Argument, einen weltweiten wirtschaftlichen Kollaps verhindern zu müssen, vollends ins Abseits. Neben Garantien und Bürgschaften wurden durch den Einsatz neu geschaffener Billionenbeträge marode „Schlüsselindustrien“ und gescheiterte „systemrelevante“ Banken teilweise oder komplett verstaatlicht und so, den Wettbewerb außer Kraft setzend, folgenreich wiederbelebt. Dem noch nicht genug, beglückte man auch die Bürger in Manier römischer Brot-und-Spiele-Politik mit staatlich orchestrierten Abwrack-/Absatzfinanzierungen. „The show must go on“, und so verteilen weltweit Regierungen freizügig Geld, das sie nicht haben, nur um die kreditfinanzierte Wachstumsillusion entgegen aller wirtschaftlichen Vernunft weiterhin aufrecht zu erhalten.

Seit der Entfesselung von der goldenen Kreditobergrenze des Bretton-Woods-Systems 1971 herrscht die keynesianische Konjunktursteuerungsidee, Wohlstand per Notenpresse herbeidrücken zu können. Den zwangsläufig inflationären Auswirkungen dieser Politik stellte sich Anfang der 1980er Jahre jedoch letztmalig nur der US-Währungshüter Paul Volcker mit zweistelligen Zinssätzen auf Kosten einer schmerzhaften, aber bereinigenden Rezession in den USA entgegen. Trotz des Wissens, dass nur knappes Geld gutes Geld ist, erhöhten seitdem die ihm nachfolgenden Amtskollegen allein im OECD-Raum die Geldmenge unter Ausweisung niedriger, hedonisch angepasster Inflationsraten um mehr als den Faktor 16, obwohl die Wirtschaft nicht annähernde Wachstumsgrößen vorweisen konnte.

Wirkte anfänglich ein großzügiges Geldangebot noch konjunkturell stimulierend, so verlor dieses als Über-

dosis verabreicht zunehmend seine realwirtschaftliche Wirkung, wie es das Beispiel Japan anschaulich verdeutlicht. Die im System befindliche Überschussliquidität lockte jedoch jene Geister an, die diese vorrangig für ihre Spekulationszwecke missbrauchten. Ohne sich dieser offensichtlichen Fehlallokation und der daraus resultierenden Krisen anzunehmen, verhinderten die Notenbanken durch Anwerfen der Notenpresse und ergänzender Niedrigzinspolitik bislang die erforderlichen Bereinigungsprozesse jeder einzelnen Krise.



Martin Mack

Obwohl die Notenbanken die globalen Zinsen inzwischen auf nahe null herunterschleusten, stellen die Zinsaufwendungen nach den Soziallasten in vielen Staatshaushalten schon heute die zweitgrößte Ausgabenposition dar. Auch ohne Berücksichtigung der Verschleiерungsmanöver der Politik ist es nur eine Frage der Zeit, bis ein Vertrauensverlust, wie ihn gerade Griechenland erfährt, auch Portugal, Spanien, Großbritannien, Japan oder die USA mit entsprechenden gesamtwirtschaftlichen Folgen treffen wird.

Der Lösungsansatz zur Überwindung der Krise kann also nicht im Drucken von Geld bestehen, da letztlich durch die zwangsläufige inflationäre Vernichtung der Währung auch die Grundlagen der Gesellschaft zerstört werden. Den einzigen Ausweg formulierte jüngst der US-Journalist Peter Schiff: „Wir haben uns an den Rand des Bankrotts geliehen und konsumiert, jetzt müssen wir uns zum Wohlstand zurücksparen und zurückproduzieren.“ Und: „Der einzige Weg zur Wiederherstellung einer lebensfähigen Gesellschaft besteht darin, die Illusions- und Betrugswirtschaft kollabieren zu lassen.“



Expansive Geldpolitik

„Wir brauchen mehr Geld“

Von Eckart Langen von der Goltz, Geschäftsführer,
PSM Vermögensverwaltung GmbH

Die Vergangenheit hat gezeigt: Expansive Geldpolitik ist ein probates Mittel zur Bekämpfung von konjunkturellen Krisen. Die von vielen gefürchtete Inflation wird erst dann zu einem Thema, wenn die Wirtschaft richtig boomt. Doch davon sind wir noch meilenweit entfernt.

Wird in Fachkreisen und in den Medien Ursachenforschung in Sachen Finanz- und Wirtschaftskrise betrieben, werden immer wieder die US-Notenbank Fed und ihr damaliger Chef Alan Greenspan genannt, der mit seiner extrem expansiven Geldpolitik den Nährboden für den Fast-Zusammenbruch des Weltfinanzsystems geschaffen hat. Doch die Liquiditätsspritzen unter Greenspan nach den Terroranschlägen 2001 waren nötig und trugen in den USA wesentlich zum wirtschaftlichen Aufschwung im Laufe der folgenden Jahre bei. Sie können aber nicht für die Exzesse verantwortlich gemacht werden, die sich anschließend in der Finanzbranche abspielten. Vielmehr versagte hier die staatliche Kontrolle über diesen so wichtigen Sektor einer Volkswirtschaft.

Eine effektive, expansiv ausgerichtete Geld- und Wirtschaftspolitik muss einerseits Unternehmen und Haushalte mit genügend Liquidität versorgen, um die Wachstumskräfte zu stimulieren. Andererseits muss sie aber auch dafür sorgen, dass die Anschubfinanzierung für die Wirtschaft in die richtigen Bahnen gelenkt wird, wenn sich der konjunkturelle Aufschwung selbst trägt. Doch davon ist Deutschland noch meilenweit entfernt. Die zaghaften Erholungstendenzen, die wir derzeit beobachten, sind in erster Linie dem Basiseffekt und einem leicht anziehenden Export geschuldet. Wer jetzt angesichts der milliardenschweren Konjunkturpakete der vergangenen Monate und der dadurch geleerten Staatskassen einen rigorosen Sparkurs fordert oder sich angesichts möglicher inflatorischer Tendenzen für eine straffere Geldpolitik stark macht, wird zum konjunkturellen Totengräber.

Vielmehr sollten Wirtschafts- und Geldpolitik Hand in Hand arbeiten und für steigende Investitionen und vor allem für mehr Konsumausgaben sorgen, denn das sind die wichtigsten Treiber für einen Konjunkturaufschwung.



Eckart Langen von der Goltz

Für die Notenbank bedeutet das, die Zinsen weiterhin niedrig zu halten, um die Investitionsbereitschaft der Unternehmen zu stimulieren. Und aus wirtschaftspolitischer Sicht muss alles dafür getan werden, um die Einkommenssituation und damit die Kaufkraft der Verbraucher zu stimulieren. Das geht erstens über eine Reduzierung der Arbeitslosenzahlen, um das gesamtwirtschaftliche, verfügbare Einkommen zu erhöhen, und zweitens über massive Steuererleichterungen, damit die Verbraucher mehr Geld für den Konsum zur Verfügung haben.

Zur Finanzierung dieser wirtschaftspolitischen Maßnahmen könnte die EZB einspringen. Wie das geht, macht uns die US-Notenbank vor: Sie kauft seit Monaten US-Bonds auf, mit denen die Regierung ihre Rettungs- und Konjunkturpakete schnürt. Damit wird zwar de facto die Notenpresse angeworfen, was tendenziell zu Inflation führt. Doch schon der ob seiner markigen Worte bekannte Alt-Kanzler Helmut Schmidt hat einmal gesagt, lieber fünf Prozent mehr Inflation als fünf Prozent mehr Arbeitslosigkeit. So lange aber auf der Nachfrageseite der Konsum noch schwächelt und die Angebotsseite von Überkapazitäten und Rabattschlachten geprägt ist, muss man sich um Inflation keine Gedanken machen.